



GERECHTIGKEIT
VERBINDET



WAHLPROGRAMM

Landtags- und Gemeinderatswahl 2015

Inhalt

I. Wohnen.....	3
1. Gerechtere Wohnbeihilfe.....	3
2. Wohnbau- und Sanierungsoffensive.....	3
3. Startwohnungen für junge Menschen	3
4. Zweckwidmung der Wohnbauförderung.....	3
5. Hausbetreuung	3
6. Baulandmobilisierung	4
II. Kinderbetreuung und Familie	5
1. Das Recht auf einen Krabbelstubenplatz	5
2. Ausbau der Ganztagesbetreuung	5
3. Anreize für die Väterkarenz.....	5
4. Unterstützung von Familien.....	5
5. Pflegeausbildung mit Matura	6
6. Freie Wahl der Pflegeform	6
7. Neue Wohnformen für ältere Menschen.....	6
8. Förderung kommunaler Projekte für ältere Menschen	6
9. Mehr Mittel für Personen mit Beeinträchtigung.....	6
10. Neubewertung der Pflegeberufe	6
11. Bessere Unterstützung bei Care-Arbeit.....	7
III. Arbeit und Wirtschaft	8
1. Arbeit sichern.....	8
2. Arbeit schaffen	8
3. Gute Arbeit gerecht verteilen	8
4. Bessere Absicherung von Arbeitssuchenden	8
5. Keine vorzeitige Erhöhung des Frauenpensionsalters	8
6. Abschaffung der Anrechnung des PartnerInneneinkommens bei der Notstandshilfe	9
7. Einführung eines Mindestlohns von € 1.500 und Kollektivverträgen in allen Branchen	9
8. Möglichkeit zu lebensphasenorientierten Arbeitszeitgestaltung.....	9
9. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.....	9
10. Auftragsvergabe an Gleichstellung koppeln.....	9
11. Weiterentwicklung von Einkommensberichten	9

Teil 1: Überregionale Forderungen

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Oberösterreich, Landstraße 36, 4020 Linz,
☎ +43 5 . 77 26 11 - 0 📠 +43 5 . 77 26 11 - 32 ✉ servicebuero@ooe.spoe.at 🌐 ooe.spoe.at

IV. Bildung	10
1. Die Ausdehnung der Ausbildungsgarantie	10
2. Lehre mit Mehrwert.....	10
3. Traditionelle Hürden abbauen	10
4. Echte Ganztageschule	10
5. Mehr Sprachförderung und Mehrsprachigkeit im Kindergarten.....	11
6. Aufwertung des Bildungsstandortes	11
V. Gesundheit	12
1. Flächendeckende Versorgung mit ÄrztInnen	12
2. Wertschätzung gegenüber den Gesundheitsberufen	12
3. Ein faires und solidarisches Gesundheitssystem.....	12
4. Gesundheitsförderung und Prävention	12
VI. Mobilität	13
1. Günstiges Ticket für alle jungen Menschen in Ausbildung.....	13
2. S-Bahn im Zentralraum und Ausbau aller Regionalbahnen	13
3. Mobilität für alle.....	13
VII. Moderne und Heimat	14
1. Breitbandausbau	14
2. Gratis WLAN und Weospace für alle	14
3. Zielgruppenspezifische PC- und Internetkurse.....	14
4. Digitale Bildung an Pflichtschulen	14
5. Erweiterung/Einführung von Open Government	15
6. Veröffentlichung aller Finanzdaten.....	15
7. Grenzüberschreitende Maßnahmen	15
8. Re-Industrialisierung.....	15
9. Mitbestimmung	15
10. Integration und Emanzipation	16
11. Nahversorgung	16
VIII. Kultur	17
1. Kultur als Motor in unseren Regionen	17
2. Stärkere Förderung des interkulturellen Austauschs	17
3. Offensive im Bereich der Kinder- und Jugendkultur	17
4. Kultur als Frage sozialer Gerechtigkeit	17
5. Kultur für mehr aktive Teilnahme	17

I. Wohnen

1. Gerechtere Wohnbeihilfe

Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Dennoch steigen die Nettomieten deutlich stärker als die Nettoeinkommen. Das betrifft die ärmere Bevölkerung in einem deutlich höheren Maße als BesserverdienerInnen. Während die einkommensschwachen Haushalte mehr als die Hälfte ihres Einkommens für Miete ausgeben müssen, beträgt dieser Anteil bei den Reichen nicht einmal ein Fünftel.

Hier ist die Politik gefragt, qualitativ hochwertigen Wohnraum für alle leistbar zu machen. Sparmaßnahmen bei der Wohnbeihilfe, die finanziell schlechter gestellte Bevölkerungsgruppen zusätzlich belasten, sind der falsche Weg. Die SPÖ OÖ will eine faire Wohnbeihilfe, die alle unterstützt, die Hilfe benötigen.

2. Wohnbau- und Sanierungsoffensive

Wohnen wird immer teurer. Während die derzeitige durchschnittliche Inflationsrate bei 1,8 Prozent liegt, sind Mieten im Vorjahr im Schnitt um 4,1 Prozent und damit mehr als doppelt so stark gestiegen. Diesem Trend kann nur durch die Schaffung von gemeinnützigem und leistbarem Wohnraum nachhaltig entgegengewirkt werden.

Eine Wohnbauoffensive mit der Bereitstellung von Zusatzmitteln für die Renovierung und thermische Sanierung aller Genossenschaftswohnungen mit Landesbeteiligung hilft Heizkosten zu reduzieren und die Wohnausgaben der MieterInnen zu senken. Darüber hinaus hilft diese Maßnahme Energie zu sparen, was sich langfristig positiv auf die Umwelt auswirkt.

3. Startwohnungen für junge Menschen

Aufgrund der stetig steigenden Mieten und des oft geringen Einkommens von jungen Menschen, fällt es diesen immer schwerer sich eine eigene Wohnung zu leisten. Durch das SPÖ-Modell „5 x 5 – Junges Wohnen“ wird jungen Erwachsenen zwischen 18 und 30 Jahren schnell und wirksam leistbarer Wohnraum zur Verfügung gestellt.

Um einen angemessenen Wohnstandard für „Junge Wohnungen“ zu sichern, kommen nur die beiden höchsten Kategorien des Mietrechtsgesetzes in Frage. Diese gewährleisten eine angemessene Ausstattung mit den erforderlichen Nebenräumen wie WC, Bad, Küche, Vorraum sowie einer Heizung. Leistbares und gutes Wohnen ist Lebensqualität.

4. Zweckwidmung der Wohnbauförderung

Durch die Abschaffung der Zweckbindung der Bundesmittel im Wohnbau kam es in den Ländern zu drastischen Kürzungen des Wohnbauförderungsbudgets. Alleine in Oberösterreich wurde das OÖ Wohnbauförderungsbudget in den letzten 10 Jahren um 119 Millionen Euro gekürzt.

Folglich bleibt auch der Neubau von gefördertem Wohnraum weit hinter dem tatsächlichen Bedarf zurück, was zu einer verstärkten Abhängigkeit vom privaten Wohnsektor und zu steigenden Mieten führt. Die SPÖ steht für eine Wiedereinführung der Zweckwidmung und für ein höheres Wohnbaubudget. Denn nur so kann mehr gemeinnütziger und für alle leistbarer Wohnraum geschaffen werden.

5. Hausbetreuung

Im Jahr 2000 wurde das Hausbesorgergesetz ersatzlos gestrichen. Fehlende Ansprechpersonen in Mehrparteienhäusern verursachen aber vielfach organisatorische Probleme und Konflikte. Durch den Einsatz von HausbetreuerInnen können einerseits Mängel und Beschwerden schneller an die Hausverwaltung weitergegeben werden und andererseits Konflikte unter den HausbewohnerInnen zeitnahe geschlichtet bzw. vermieden werden.

6. Baulandmobilisierung

Schaffung von Vorbehaltsflächen für leistbaren sozialen Wohnbau.

II. Kinderbetreuung und Familie

1. Das Recht auf einen Krabbelstubenplatz

Echte Vereinbarkeit von Familie und Beruf benötigt flächendeckend ausgebaut, hochwertige Betreuungsangebote. Insbesondere bei den Betreuungsplätzen für unter 3-jährige hat Oberösterreich massiven Aufholbedarf. Gerade einmal für 3,3 Prozent der Kinder unter 3 Jahren gibt es einen Betreuungsplatz, der den VIF Kriterien (Vereinbarkeitsindikator der Arbeiterkammer, der Kriterien wie ganztägige Öffnungszeiten auch in den Ferien und Mittagessen umfasst) entspricht.

Unzureichende Betreuungsangebote haben drastische Auswirkungen. Familienbedingte Unterbrechungen in der Erwerbsbiographie bedeuten Teilzeitbeschäftigung und niedrige Einkommen. Dies wiederum wirkt sich negativ auf die Höhe des Pensionsanspruchs oder der Arbeitslosenunterstützung aus, was maßgeblich zur Armutsgefährdung – insbesondere von Frauen - beiträgt.

2. Ausbau der Ganztagesbetreuung

Kind und Karriere? Ein fast unmögliches Unterfangen in Oberösterreich. Für gerade einmal 3,3 Prozent der Kinder unter 3 Jahren gibt es einen Betreuungsplatz, der den Kriterien des Vereinbarkeitsindikators für Familie und Beruf (VIF-Kriterien) entspricht. Damit ist gemeint, dass 45 Stunden wöchentliche Öffnungszeit, Mittagessen und maximal fünf Wochen im Jahr Schließzeit eine gute Betreuung ermöglichen. Daraus folgt auch die niedrige Betreuungsquote bei den 3- bis 6-Jährigen von 15,8 Prozent.

Auch bezüglich der Ganztags-SchülerInnenzahl liegt Oberösterreich deutlich unter dem Bundesschnitt. Marginale 1,2 Prozent aller 6 bis 14-jährigen werden in einer verschränkten Ganztagschule unterrichtet. Dadurch entstehen nicht nur Vereinbarkeitsprobleme von Beruf und Familie für die Eltern, sondern auch Bildungsdefizite bei den Kindern, die in der Halbtagschule nicht ausgeglichen werden können.

3. Anreize für die Väterkarenz

Bei einem Blick auf die Verteilung von Erwerbs-, Familien- und Hausarbeit zwischen Frauen und Männern wird eines deutlich: Die geteilte Elternschaft ist nach wie vor die Ausnahme. Obwohl die Väterkarenz beiden Geschlechtern die Möglichkeit bietet Erwerbs-, Familien- und Hausarbeit besser zu vereinbaren, waren 2013 nur 4,26 Prozent der KindergeldbezieherInnen männlich.

Hier ist der Staat gefragt die Weichen zu stellen. Eine Flexibilisierung des Kindergeldes, die stärker an das Einkommen anknüpft, erleichtert Männern die Karenz. Arbeitsrechtliche Maßnahmen erhöhen die Wahlfreiheit beider Elternteile und nehmen die Wirtschaft in die Pflicht.

4. Unterstützung von Familien

Die rasanten Entwicklungen der heutigen Zeit stellen Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder vor immer vielfältigere Aufgaben und Probleme. Unterstützungsangebote für Eltern und Kinder gewinnen daher immer mehr an Bedeutung. Durch Elternbildungsangebote wird das Wissen rund um Erziehungsfragen erweitert und mehr Sicherheit im Erziehungsalltag erlangt.

Soziale und familiäre Belastungen können dazu führen, dass Kinder und Jugendliche in der Schule weniger erfolgreich sind. Wir brauchen SchulsozialarbeiterInnen, die helfen den Schulalltag zu erleichtern und die Kinder bei der Entwicklung zu gemeinschaftsfähigen Erwachsenen unterstützen.

5. Pflegeausbildung mit Matura

Pflegekräfte leisten Tag für Tag bemerkenswerte Arbeit in und an unserer Gesellschaft. Auch hier gilt: Desto besser die Ausbildung, desto besser die Zukunftschancen und Qualität der Pflegeleistungen. Notwendig sind daher umfassendere Möglichkeiten zur Aus- und Weiterbildung für das Pflegepersonal und die Einführung einer Pflegeausbildung mit Matura als analoge Möglichkeit zur Lehre mit Matura. Das erhöht die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems und schafft mehr Chancen für alle.

6. Freie Wahl der Pflegeform

Der Grundgedanke von Pflege und Betreuung ist der, dass ältere Menschen, aber auch Menschen mit gesundheitlichen Problemen im Alltag Unterstützung bekommen, wenn sie diese brauchen. Der Bogen der Pflege- und Betreuungsleistungen spannt sich von mobilen Angeboten über Tageszentren bis hin zur Betreuung rund um die Uhr. Die Entscheidung für eine Betreuungsleistung sollte dabei allerdings nicht auf Grund von regionalem Ausbau der Einrichtungen oder finanziellen Mitteln der einzelnen Betroffenen getroffen werden müssen, sondern auf Grund des individuellen Bedürfnisses erfolgen. Dafür ist ein Ausbau der Tageszentren und der 24 h Betreuung erforderlich. Dies darf jedoch nicht auf dem Rücken der BetreuerInnen erfolgen, weshalb gleichzeitig einheitliche Richtlinien und Mindeststandards bei den Agenturen eingeführt werden müssen.

7. Neue Wohnformen für ältere Menschen

Ein Großteil der älteren Menschen möchte so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden wohnen bleiben. Dafür sind bedarfsgerechte Wohnungen und Wohnanlagen, möglichst frei von Barrieren, nötig. Insbesondere Gemeinschaftseinrichtungen wie Gärten, Waschräume oder Ähnliches müssen ohne Treppen oder sonstige Hindernisse genutzt werden können.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Zahl der über 65-jährigen bis 2040 um 91,7 Prozent steigen wird, fordert die SPÖ OÖ, dass der Wohnungsbestand in Oberösterreich stärker an die Bedürfnisse älterer Menschen angepasst werden muss. Jede und jeder soll selbst entscheiden können, wo und wie sie oder er leben will.

8. Förderung kommunaler Projekte für ältere Menschen

Um es älteren Menschen länger zu ermöglichen aktiver Teil der Gesellschaft zu bleiben, muss vermehrt in den zielgruppenspezifischen Ausbau von Projekten wie BesucherInnendienste, Taxidienste und Bildungs- und Vortragsangebote investiert werden. Dies kann beispielsweise durch die Gewährung einer Strukturhilfe bei der Organisation erfolgen.

9. Mehr Mittel für Personen mit Beeinträchtigung

Gemäß dem OÖ Chancengleichheitsgesetz haben Personen mit Beeinträchtigung einen Rechtsanspruch auf die benötigte Unterstützungsleistung. Zahlreiche Betroffene können ihren Anspruch aber nicht durchsetzen, da die entsprechenden Leistungen nur unter Maßgabe der finanziellen Mittel erfolgen. Um allen Personen mit Beeinträchtigung eine Teilhabe an der Gesellschaft und ein möglichst selbstbestimmtes Leben ermöglichen zu können, ist die Aufstockung der finanziellen Mittel dringend erforderlich.

10. Neubewertung der Pflegeberufe

Verbesserungen für pflegende Angehörige können auch durch gute Arbeitsvoraussetzungen im Pflegebereich geschaffen werden.

11. Bessere Unterstützung bei Care-Arbeit

Sorgende und betreuende Tätigkeiten wie zum Beispiel Hausarbeit, Kinderbetreuung oder Betreuung von Personen mit Beeinträchtigung sowie alten Menschen werden größtenteils von Frauen im privaten Bereich, das heißt unentgeltlich, verrichtet. Fast immer geht das für die betroffenen Frauen mit der Aufgabe des Berufs oder Teilzeitarbeit einher, was die eigenständige soziale Absicherung gefährdet und zu finanziellen Einbußen führt.

Wir von der SPÖ setzen daher auf vermehrte Investitionen in soziale Dienstleistungen und Infrastruktur wie Betreuungseinrichtungen für ältere Menschen und Kinderbetreuungseinrichtungen. Nur so entsteht für Frauen eine echte Wahlfreiheit zwischen Beruf und der Pflege- bzw. Betreuungsarbeit.

III. Arbeit und Wirtschaft

1. Arbeit sichern

Jede Gesellschaft benötigt ein gut ausgebautes Netz an öffentlichen Leistungen wie Kinderbetreuung, Pflegedienstleistungen, leistbaren Wohnraum, ein gut ausgebautes öffentliches Energie- und Verkehrsnetz, ein solidarisches Gesundheitswesen und ein chancengleiches Bildungssystem.

Derartige Investitionen steigern nicht nur die Gerechtigkeit und somit das Wohlbefinden innerhalb einer Gesellschaft. Sie tragen auch dazu bei, hohe Arbeitslosigkeit sowohl kurzfristig als auch nachhaltig zu bekämpfen. Denn einerseits schafft der Bau einer einzigen Wohnung bereits vier zusätzliche Arbeitsplätze. Andererseits profitieren von einer gut ausgebauten Infrastruktur auch die Unternehmen. Öffentliche Investitionen wirken so jahrzehntelang positiv auf die Wirtschaftsentwicklung.

2. Arbeit schaffen

Die Idee der OÖ-Wachstumsgesellschaft ist ganz einfach. Das Land Oberösterreich richtet eine Gesellschaft zur Verwaltung eines Fonds ein, über den Beteiligungen an strategisch wichtigen Unternehmen in den Regionen erworben werden. Eine solche Beteiligung bedeutet aber keinesfalls, dass die öffentliche Hand in die alltägliche Unternehmensführung eingreift. Sie tritt lediglich als stabile Investorin auf, die Gemeinschaftsinteressen vor Einzelinteressen stellt.

Eine solche Beteiligung stellt eine nachhaltige und langfristige Investition in die Zukunft des Landes Oberösterreich dar, die sich nicht nur durch Renditen für Einzelne, sondern auch durch den Erhalt von Arbeitsplätzen für ganz Oberösterreich bezahlt machen wird.

3. Gute Arbeit gerecht verteilen

Arbeitszeit ist Lebenszeit. ArbeitnehmerInnen brauchen daher nicht einfach nur Arbeit. Sie müssen von dieser auch ordentlich leben können sowie das Gefühl haben, gerecht entlohnt zu werden und Sinnvolles zu leisten. Auch ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Arbeits- und Freizeit führt zu Gesundheit und Wohlbefinden.

Doch Österreichs Beschäftigte arbeiten EU-weit mit 41,6 Stunden pro Woche am zweitlängsten und leisten regelmäßig (unabgegoltene) Überstunden. Auf der Strecke bleibt dabei oft Zeit für die Familie, FreundInnen oder Hobbies. Die SPÖ OÖ setzt sich daher für eine gerechte Verteilung von guter und wertschätzender Arbeit ein.

4. Bessere Absicherung von Arbeitssuchenden

Arbeitslosigkeit und die damit einhergehende ungewisse Zukunft sowie die finanziellen Belastungen führen oftmals zu schweren persönlichen Krisen. Neben den gesundheitlichen Auswirkungen ist Arbeitslosigkeit mit einem hohen Armutsrisiko verbunden. Dabei gilt: Je länger die Arbeitslosigkeit, desto höher das Risiko der Armutsgefährdung.

Für die SPÖ OÖ ist klar: Arbeitssuchende brauchen Unterstützung. Sei es durch existenzsichernde finanzielle Leistungen, bedarfsgerechte und individuelle Beratungs- oder Weiterbildungsangebote. Es müssen die Ursachen der Arbeitslosigkeit und nicht nur die Symptome bekämpft werden.

5. Keine vorzeitige Erhöhung des Frauenpensionsalters

Insbesondere Frauen sind von Mehrfachbelastungen (Job, Haushalt, Kinder, Pflege) betroffen. Eine Erhöhung des Frauenpensionsalters entspricht daher nicht deren Lebensrealität. Des Weiteren steht auch die faktische Realität am Arbeitsmarkt einer Erhöhung entgegen.

6. Abschaffung der Anrechnung des PartnerInneneinkommens bei der Notstandshilfe

Jede Person hat das Recht auf eine selbstständige und unabhängige finanzielle Absicherung.

7. Einführung eines Mindestlohns von € 1.500 und Kollektivverträgen in allen Branchen

Arm trotz Arbeit? Für viele OberösterreicherInnen ist das leider traurige Realität. Laut Arbeitsklimaindex der AK OÖ sagen bereits mehr als die Hälfte aller Beschäftigten, dass ihr Einkommen nicht oder nur gerade so zum Leben ausreicht. Am unzufriedensten mit ihrer sozialen Absicherung sind einmal mehr Beschäftigte in frauendominierten Dienstleistungen wie Reinigungskräfte, FriseurInnen, und KosmetikerInnen.

Dieser Entwicklung muss mit aller Kraft entgegengewirkt werden. Denn das Einkommen hat nicht nur Auswirkungen auf die Arbeits- sondern auch auf die Lebenszufriedenheit. Nur sechs Prozent der Beschäftigten die mit ihrem Einkommen gut auskommen, sind mit ihrem Leben unzufrieden. Allerdings sind 20 Prozent jener, die mit ihrem Lohn oder Gehalt nur knapp oder gar nicht auskommen, mit dem Leben unzufrieden.

8. Möglichkeit zu lebensphasenorientierten Arbeitszeitgestaltung

Der Arbeitsmarkt muss sich an die Lebensrealität der Menschen anpassen und nicht umgekehrt.

9. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit

Oberösterreichs Frauen verdienen 38,7 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. In absoluten Zahlen betrug das durchschnittliche Monatsbruttogehalt von Frauen 2013 1.550 Euro, das sind knapp 1.000 Euro weniger als das männliche Durchschnittseinkommen in Höhe von 2.523 Euro. Das ist mehr als ungerecht.

Die SPÖ OÖ will eine gerechte Gesellschaft, in der alle – unabhängig vom Geschlecht oder sonstigen Merkmalen – gleich behandelt werden. Das setzt eine faire Bewertung und Entlohnung der Arbeit nach Leistung voraus, bei dem das Geschlecht keine Rolle spielen darf. Die Bekämpfung der weiblichen Entgeltdiskriminierung hat für uns daher oberste Priorität.

10. Auftragsvergabe an Gleichstellung koppeln

Aufträge der öffentlichen Hand dürfen nur an Betriebe vergeben werden, die sich zu betrieblichen Gleichstellungsmaßnahmen verpflichten und diese tatsächlich umsetzen.

11. Weiterentwicklung von Einkommensberichten

Einkommensberichte sind ein wesentliches Instrumentarium um Einkommensgleichheit zu erzielen. Als solches müssen diese ausgebaut und stetig weiterentwickelt werden.

IV. Bildung

1. Die Ausdehnung der Ausbildungsgarantie

Insbesondere Jugendliche zwischen 20 und 24 Jahren mit geringer Qualifikation beziehungsweise Bildung weisen eine der höchsten Arbeitslosigkeitsrisiken unter allen Altersgruppen auf. Für die Betroffenen heißt das oft ein Leben mit nur geringen finanziellen Ressourcen, vorübergehenden Aushilfsjobs, fehlender sozialer Absicherung und Perspektivlosigkeit.

Hier will die SPÖ OÖ entgegenwirken. Durch eine Ausdehnung der Ausbildungsgarantie auf junge Erwachsene bis 20 Jahre und den Ausbau der über- und zwischenbetrieblichen Ausbildungsstätten wird die Jugendarbeitslosigkeit gesenkt und damit die Chancen aller Jugendlichen erhöht.

2. Lehre mit Mehrwert

Oberösterreich ist Österreichs Lehrlingshochburg. 21,3 Prozent aller österreichischen Lehrlinge werden in Oberösterreich ausgebildet. Zum Jahreswechsel 2013/2014 bildeten 6.667 oberösterreichische Lehrbetriebe insgesamt 25.696 Jugendliche aus.

Gleichzeitig gibt es aber in Oberösterreich hohe Abbruch- und Wiederholquoten in der Lehrausbildung. Jährlich fallen ca. 1.800 oberösterreichische Jugendliche aus der Lehrausbildung. Die Umsetzung eines verpflichtenden und flächendeckenden Qualitätsmanagements gewährleistet eine einheitliche Qualität der Lehrstätten. Mögliche Ausbildungsdefizite werden früh erkannt und Lehrabbrüchen kann rechtzeitig entgegen gewirkt werden.

3. Traditionelle Hürden abbauen

Österreichs Bildungssystem ist stark von Geschlechterstereotypen geprägt. Nach wie vor werden Bildungszweige, die gesellschaftlich Frauen zugeschrieben werden, auch überrepräsentativ häufig von diesen gewählt. So sind 90 Prozent der SchülerInnen einer wirtschaftsberuflich orientierten BHS weiblich, der Frauenanteil an den technisch gewerblichen höheren Schulen beträgt hingegen nur 27 Prozent.

Nicht nur der Bildungsweg, sondern auch die Berufswahl von Burschen und Mädchen wird in hohem Ausmaß von Rollenzuschreibungen geprägt. 48,59 Prozent aller weiblichen Lehrlinge entscheiden sich für nur 3 Lehrberufe – Einzelhandel, Bürokauffrau, Friseurin und Perückenmacherin (Stylistin). Keine zufriedenstellende Situation für die SPÖ OÖ, denn für uns zählt das Talent und nicht das Geschlecht.

4. Echte Ganztageschule

Das österreichische Bildungssystem schafft es derzeit nicht gleiche Startbedingungen für alle Kinder zu schaffen. Im Gegenteil: Es ist eines der selektivsten! Nur 26 Prozent der 25- bis 34-Jährigen haben einen höheren Bildungsabschluss als ihre Eltern. In gerechte Bildungschancen zu investieren bedeutet daher(,) Chancengerechtigkeit zu ermöglichen.

Nur ganztägiger und verschränkter Unterricht bietet die Möglichkeit Begabungen und Talente besser zu fördern. Verschränkte Ganztagschulen unterstützen unsere Schulkinder in ihrer leistungsbezogenen und sozialen Entwicklung unabhängig der finanziellen und sozialen Situation ihrer Eltern. Ein wichtiger Schritt für echte Chancengleichheit.

5. Mehr Sprachförderung und Mehrsprachigkeit im Kindergarten

Die Kindergärten haben sich von Betreuungs- zu Bildungseinrichtungen entwickelt – die organisatorischen Rahmenbedingungen veränderten sich aber kaum. Der Vergleich mit internationalen Standards zeigt, dass Länder, die die ganzheitliche Förderung der Kinder forcieren, einen ErzieherInnen-Kind Schlüssel von 1:10 haben. In Österreich kommt dagegen eine Pädagogin/ein Pädagoge auf 23 Kinder mit maximal eine Helferin/ein Helfer.

Dabei wäre gerade das Aufholen von Entwicklungsrückständen und Sprachdefiziten eine wesentliche Aufgabe des Kindergartens, was derzeit aber nur unzureichend geschieht. Der Slogan „No child left behind“ kann nicht verwirklicht werden, solange in Kinderbetreuungseinrichtungen nicht genügend Zeit übrig ist Kinder umfassend zu fördern.

6. Aufwertung des Bildungsstandortes

Durch den Ausbau des Lehramtsfächerangebots an der JKU mit Geistes- und Sprachwissenschaften und Bewegungserziehung in Kooperation mit den pädagogischen Hochschulen von Oberösterreich und Salzburg und den Universitäten beider Städten erfolgt eine einheitliche LehrerInnenausbildung für Neue Mittelschulen und Gymnasien. Neben der Entgegenwirkung des LehrerInnenmangels und der Sicherung von Schulstandorten, gewinnt auch der Universitätsstandort Oberösterreich mehr an Attraktivität. Die Erweiterung der Lehramtsfächer und die medizinische Fakultät tragen wesentlich zum Ausbau der JKU zur Volluniversität bei.

V. Gesundheit

1. Flächendeckende Versorgung mit ÄrztInnen

Gleichheit und Gerechtigkeit sind in der Gesundheitspolitik dann verwirklicht, wenn alle den gleichen Zugang zu medizinischer Versorgung haben. Der Wohnort darf hierbei keine Rolle spielen. Dennoch führten die Sparmaßnahmen im Gesundheitsbereich in den letzten Jahren zu einer weiteren Schwächung der medizinischen Versorgung im ländlichen Bereich.

Einer weiteren Zentralisierung von medizinischen Leistungen muss daher entgegengewirkt werden. Eine gesunde Gesellschaft braucht die beste medizinische Versorgung auch in der Peripherie. Denn lange Fahrten oder Transporte in den Zentralraum sind anstrengend, belastend und kostenintensiv.

2. Wertschätzung gegenüber den Gesundheitsberufen

Sowohl Ärztinnen und Ärzte als auch das Pflegepersonal tragen eine der größten Verantwortungen in unserer Gesellschaft. Wir vertrauen ihnen unsere Gesundheit und unser Wohlergehen an. Umso wichtiger ist es politisch für rechtskonforme Arbeitszeiten und ausreichend Personal zu sorgen. Erfahrungsgemäß belasten lange Dienste, Stress und Schlafmangel nicht nur das Personal, sie bergen auch ein hohes Risiko für die PatientInnen.

Bessere Arbeitsbedingungen in Gesundheitsberufen entstehen aber nicht nur durch die Anpassung von Arbeitszeit und einer wertschätzenden Entlohnung. Es braucht auch eigene Modelle zur Kinderbetreuung bei Nacht- und Wochenenddiensten in Spitälern sowie familiengerechte Arbeitszeitmodelle.

3. Ein faires und solidarisches Gesundheitssystem

Einem solidarisch finanzierten Gesundheitssystem kommt innerhalb der Sozialpolitik große Bedeutung zu. Es können alle unabhängig von Alter, Geschlecht und Einkommen die gleichen Leistungen beziehen. Gleichzeitig müssen aber auch alle BürgerInnen ihren Beitrag zur Finanzierung leisten. Dennoch wird gerade in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit die Finanzierung immer schwieriger.

Problematisch ist hier die Einnahmenseite: Denn Einkommen, die über der Höchstbeitragsgrundlage von 4.650 Euro liegen, und Einkünfte aus Besitz und Vermögen werden nicht zur Finanzierung herangezogen. Das obwohl gerade diese Einkünfte in den letzten Jahren massiv angewachsen sind. Nur eine stärkere Berücksichtigung hoher Einkommen kann unser bewährtes solidarisches Gesundheitssystem aufrechterhalten und die Kluft zwischen Arm und Reich verringern.

4. Gesundheitsförderung und Prävention

Derzeit stehen für sinnvolle und flächendeckende Präventions- und Früherkennungsprogramme zu wenig Mittel zur Verfügung. Nur 1,5 % der Gesamtausgaben werden für derartige Projekte ausgegeben. Doch durch die älter werdende Bevölkerung gewinnen gerade Früherkennung und rechtzeitige Behandlung chronischer Erkrankungen zunehmend an Bedeutung, auch um Komplikationen und Folgeerkrankungen zu vermeiden.

Gesundheitsförderung steht für ein positives Konzept, das sich an der Unterstützung von Gesundheit und Ressourcen orientiert und nicht wie die Medizin an Krankheit. Die Gesundheit eines Menschen wird sowohl vom eigenen Lebensstil beeinflusst, als auch vom sozialen Umfeld, in dem er sich befindet. Im Bereich der Gesundheitsförderung sind daher nicht nur der Gesundheitssektor, sondern auch alle anderen Politikbereiche gefragt.

VI. Mobilität

1. Günstiges Ticket für alle jungen Menschen in Ausbildung

Mobilität ist ein wesentlicher Faktor für eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft. Nur wer mobil ist, kommt zur Schule, zum Ausbildungsplatz oder zur Arbeit. Dennoch sind die Ausgaben für den Verkehrsbereich mit 15 Prozent der Äquivalenzausgaben die zweitgrößte Kostenbelastung der österreichischen Haushalte. Für den Öffentlichen Verkehr hingegen müssen im Schnitt nur 1,1 Prozent aufgewendet werden.

Insbesondere junge Menschen in Ausbildung, ob SchülerIn, Lehrling oder StudentIn, haben eines gemeinsam: ein nur geringes monatliches Budget. Umso wichtiger ist es diese Gruppe finanziell zu entlasten. Die SPÖ OÖ macht sich daher für die Ausdehnung des Jugendtickets auch auf Studierende stark.

2. S-Bahn im Zentralraum und Ausbau aller Regionalbahnen

In ländlichen Regionen steht und fällt die eigene Mobilität oft mit dem Besitz eines PKWs. Gründe dafür sind einerseits das spärliche Angebot an Öffentlichen Verkehrsmittel, andererseits die weiten Distanzen. In weiterer Folge sind die Verkehrsausgaben der Haushalte stark von der Bevölkerungsdichte abhängig. In ländlichen Regionen mit bis zu 10.000 EinwohnerInnen gibt ein durchschnittlicher Haushalt für sein(e) Kraftfahrzeug(e) monatlich etwa 482 Euro, für den Öffentlichen Verkehr nur 18 Euro aus. In Wien werden hingegen nur 279 Euro fürs Kfz und immerhin 65 Euro für den Öffentlichen Verkehr ausgegeben.

Es zeigt sich einmal mehr: Nur der verstärkte Ausbau des Öffentlichen Verkehrs – insbesondere des Schienenverkehrs – bringt gleiche Mobilität für alle.

3. Mobilität für alle

Mobilität ist ein Kernthema der modernen Gesellschaft. Fast die Hälfte aller berufstätigen OberösterreicherInnen pendelt täglich über die eigene Gemeindegrenze hinaus in die Arbeit. Die durchschnittliche Pendeldauer beträgt dabei in der Regel eine Stunde pro Tag, bei vielen PendlerInnen auch deutlich mehr. Pro Jahr verbringt jede und jeder von uns fast 10 Tage im Bus, Zug oder im Auto, anstatt sie mit der Familie oder mit FreundInnen zu genießen.

Bis zum Jahr 2025 sollen daher 40 Prozent des Gesamtverkehrsaufkommens durch die Verkehrsmittel des sogenannten Umweltverbundes, also zu Fuß, per Rad oder durch öffentliche Verkehrsmittel zurückgelegt werden. Die SPÖ OÖ stellt sich der Herausforderung den Öffentlichen Verkehr wie auch Möglichkeiten des Mischverkehrs in der Fläche auszubauen.

VII. Moderne und Heimat

1. Breitbandausbau

Die technische Infrastruktur ist für einen Internetzugang die absolute Grundvoraussetzung für sämtliche weitere Schritte ins und im Netz. Eine technische Anschlussmöglichkeit aller Haushalte an das Breitbandinternet ist dabei besonders im ländlichen Raum alles andere als selbstverständlich. Nicht online zu sein bedeutet von immer mehr Aspekten einer modernen Gesellschaft ausgeschlossen zu sein und birgt die Gefahr der sozialen Ausgrenzung. Dringend geboten ist daher der flächendeckende Ausbau des Breitbandinternets.

2. Gratis WLAN und Weospace für alle

Ein Leben ohne Computer und Internet ist für viele kaum noch vorstellbar. Dennoch besitzen knapp 20 Prozent keinen Internetzugang und sind dadurch von immer mehr Aspekten einer modernen Gesellschaft ausgeschlossen. Einerseits spielt die technische Infrastruktur eine wesentliche Rolle, denn eine Anschlussmöglichkeit aller Haushalte an das Breitbandinternet ist besonders im ländlichen Raum alles andere als selbstverständlich.

Andererseits sind aber auch wirtschaftliche und soziokulturelle Faktoren zu beachten. Sozial ungleich verteilte Chancen bestimmen oftmals, ob jemand Zugang zum Internet hat oder nicht. Kein Internetzugang bedeutet in weiterer Folge, weniger Handlungs- und Gestaltungsspielraum zu haben. Der SPÖ OÖ ist es daher ein großes Anliegen allen OberösterreicherInnen gleichen Zugang zum Internet zu ermöglichen.

3. Zielgruppenspezifische PC- und Internetkurse

In den letzten Jahrzehnten schufen der Computer und das Internet völlig neue Möglichkeiten Wissen zu schaffen und zu verbreiten, Informationen einzuholen und mit anderen Menschen zu kommunizieren. Fähigkeiten die in der immer komplexer werdenden Gesellschaft eine wichtige Rolle spielen, um ein aktiv an der Gemeinschaft teil zu haben.

Insbesondere Menschen über 50 wuchsen ohne diese neuen Technologien auf und dementsprechend ist für viele von ihnen diese Welt neu. Umso wichtiger ist ein breites Angebot an altersgerechten PC- und Internet-Kursen. Nur eine Gesellschaft, in der alle vom technischen Fortschritt profitieren, ist eine gerechte Gesellschaft.

4. Digitale Bildung an Pflichtschulen

Fertigkeiten im Umgang mit Computern und Internet sind maßgebliche Faktoren für den Ausbau von der beruflichen, sozialen und gesellschaftlichen Stellung. Doch der richtige Umgang damit will gelernt sein. Dies erfordert einerseits die Vermittlung von Basiswissen, die Aufklärung über Gefahren im Internet und andererseits Praxiserfahrung. Desto früher daher Kinder lernen mit dieser Technologie umzugehen, desto selbstbewusster, selbstverständlicher und verantwortungsvoller werden sie diese später auch nutzen können. Dahingehend ist es notwendig in den Schulen anzusetzen und die SchülerInnen schon früh für den Datenschutz und einem verantwortungsvollen Umgang damit zu sensibilisieren. Neben der Einführung des Schulversuches „Digitale Bildung“ sollte angedacht werden, den Umgang mit PC und Internet als neue Grundkenntnis neben Lesen, Rechnen und Schreiben einzuführen.

5. Erweiterung/Einführung von Open Government

Die Idee von Open Government stellt den/die BürgerIn in den Mittelpunkt und zielt auf Möglichkeiten zur fruchtbaren Interaktion. Mögliche Zielsetzungen dabei sind, mehr Akzeptanz für politische Projekte und die bessere Orientierung der öffentlichen Verwaltung an den Bedürfnissen der BürgerInnen. Die oberösterreichweite Vorreiterinnenrolle übernimmt die Stadt Linz, die in den letzten Jahren das Angebot des BürgerInnenservice erfolgreich verbessert hat. Die Web Applikation „Schau auf Linz“ bietet den LinzerInnen die Möglichkeit Probleme, Mängel und Verbesserungsmöglichkeiten in ihrer Nachbarschaft auf einfache Art und Weise mithilfe eines Online-Portals melden zu können. Um einer modernen und zeitgemäßen Verwaltung Rechnung zu tragen, ist eine sukzessive oberösterreichweite Erweiterung bzw. Einführung von Open Government vorzunehmen.

6. Veröffentlichung aller Finanzdaten

Die Finanzen des Bundes, der Länder und Gemeinden erscheinen oftmals intransparent und kompliziert. Die BürgerInnen interessieren sich aber zunehmend dafür, wie ihre Gemeinde Steuergelder einsetzt. Durch die Internetplattform „Offener Haushalt“ werden die komplexen Daten der österreichischen Kommunen offen und in wiederverwendbaren Datenformaten zugänglich gemacht. So können Informationen ausgewertet, visualisiert und zu anderen Daten ins Verhältnis gesetzt werden. Durch Transparenz wird das Vertrauen der Bevölkerung in die demokratischen Institutionen gestärkt. Ein Grund dafür die Finanzdaten aller oberösterreichischen Gemeinden auf www.offenerhaushalt.at zu veröffentlichen.

7. Grenzüberschreitende Maßnahmen

Die SPÖ OÖ bekennt sich klar zu Europa und der EU. Kein Land kann die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts alleine bewältigen. Daher ist es notwendig, überall dort wo die Nationalstaaten offensichtlich an ihre Grenzen stoßen, der EU die Mittel in die Hand zu geben, um effektiv handeln zu können.

Beispiele hierfür sind der Kampf gegen die ausufernde Finanzspekulation, Steuerflucht und Steuervermeidung, bei der Eindämmung des Klimawandels, im Bereich der Migrations- und Asylfrage oder bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität. Es ist schließlich die Idee Europas, dass Völker und Staaten zusammenarbeiten, um über Landesgrenzen hinweg in gemeinsamen Institutionen gemeinsam Probleme zu lösen.

8. Re-Industrialisierung

Europas Initiative zur Re-Industrialisierung ist im Interesse der arbeitenden Menschen in Oberösterreich. Wir müssen als Turbo statt als Getriebener dieser Entwicklung agieren.

9. Mitbestimmung

Auf vielen Ebenen wird PolitikerInnen vorgeworfen, der Kontakt zur Bevölkerung sei verloren gegangen und die Politik komme nicht mehr bei den Menschen an. Insbesondere die Kommunalpolitik muss daher wieder näher an die Bevölkerung rücken, denn Gemeindepolitik betrifft das direkte Lebensumfeld jeder Bürgerin und jeden Bürgers.

Die SPÖ OÖ will daher mehr BürgerInnen-Beteiligungsmöglichkeiten schaffen und die Bevölkerung vermehrt in das politische Geschehen einbinden. Mehr Mitsprachemöglichkeiten und mehr Einblicke in die Politik bedeuten eine größere Identifikation mit der Gemeinde und führen zu einer höheren Zufriedenheit.

10. Integration und Emanzipation

Die politische Heimat der Sozialdemokratie ist immer ein Anwalt jener, denen mehr Teilhabe an unserer Gesellschaft zusteht – von Frauen bis MigrantInnen.

11. Nahversorgung

Wer Heimat sagt, muss Nahversorgung fördern.

VIII. Kultur

1. Kultur als Motor in unseren Regionen

Mehr Raum und Unterstützung für Kunst und Kultur in den Gemeinden. Vor allem die zeitgenössisch, kritisch und unabhängig arbeitenden Kulturvereine sind uns ein Anliegen.

2. Stärkere Förderung des interkulturellen Austauschs

In Oberösterreich leben Menschen aus rund 160 verschiedenen Nationen, die weit über 100 verschiedene Sprachen sprechen. Über die Jahrzehnte hinweg haben sich über das Bundesland verteilt selbstorganisierte, migrantische Vereine und Dachverbände gebildet, die vielfältige kulturelle Aktivitäten anbieten. Sie stehen für die Vielfalt der kulturellen Hintergründe von Menschen und die Fülle von Zugängen zu Kunst und Kultur.

Dennoch stellt die gezielte Förderung von interkulturellen Aktivitäten bislang nur ein kulturpolitisches Randthema dar. Das wird vor allem in der nur sporadischen und äußerst geringen Förderung der interkulturellen Initiativen ersichtlich und dieses Potenzial wollen wir nutzen.

3. Offensive im Bereich der Kinder- und Jugendkultur

Die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in der Persönlichkeitsentwicklung, die Förderung ihrer Teilhabe am kulturellen Leben und die Schaffung kreativer Entfaltungsmöglichkeiten gelten als wichtige gesellschaftspolitische Ziele. Kinder und Jugendliche können sich so soziale und interkulturelle Kompetenzen aneignen und werden gleichzeitig für Formen von Kunst und Kultur sensibilisiert.

In der öffentlichen Wahrnehmung, Umsetzung und Förderung hat Kulturarbeit von, für und mit Kindern und Jugendlichen jedoch nicht annähernd diesen Stellenwert. Oftmals beschränkt sich die Kulturvermittlung für Kinder und Jugendliche auf typische Lernorte, klassische Kultureinrichtungen und konventionelle Kunstformen. Die SPÖ OÖ will daher verstärkt die Auseinandersetzung mit weniger üblichen Kunstformen und neuen kulturellen Technologien fördern.

4. Kultur als Frage sozialer Gerechtigkeit

Soziale Gerechtigkeit darf auch im Bereich der Kunst und Kultur nicht zu kurz kommen. Damit ist zum einen ein leistbarer Zugang zu allen künstlerischen und kulturellen Angeboten gemeint. Dahinter steckt die Forderung einer „Kultur für alle“, die so bemessen sein muss, dass keine einkommensspezifischen Schranken aufgerichtet werden.

Zum anderen ist mit sozialer Gerechtigkeit gemeint, dass sich die Arbeit in Kunst, Kultur und Kreativwirtschaft lohnen muss. Viele KünstlerInnen und KulturarbeiterInnen insbesondere Frauen sind von prekären Arbeitsverhältnissen betroffen. Fehlende soziale Absicherung, extrem flexible Arbeitszeiten, Mehrfach-Jobs oder regelmäßige arbeits- und auftragslose Zeiten stehen auf der Tagesordnung.

5. Kultur für mehr aktive Teilnahme

Neue Trends und Ideen verstärkt aufgreifen, sichtbar machen und fördern. Partizipative, demokratische und offene Ansätze in Kunst, Kultur und Medien stehen für uns ganz oben.

